

So profitieren IT-Konzerne wie Microsoft von Schweizer Steuermilliarden

Der Bund vergibt viele IT-Aufträge ohne Ausschreibung. Das spielt Konzernen wie IBM, Microsoft, Oracle und SAP in die Hände: Seit 2014 kassierten sie 1,5 Milliarden Franken.

Die Bundesverwaltung vergab jüngst einen Auftrag über 140 Millionen Franken an das US-Technologie-Unternehmen Microsoft. Gegenofferten holte sie nicht ein. Das nennt man offiziell eine «freihändige Vergabe». Dabei schreibt das Beschaffungsgesetz vor, dass der Bund bereits Aufträge ab 230 000 Franken öffentlich ausschreiben muss.

Die Ausschreibungspflicht soll dafür sorgen, dass Steuergeld effizient eingesetzt wird. Auf eine Ausschreibung können sich mehrere Unternehmen bewerben. Die Firma mit dem wirtschaftlich günstigsten Angebot erhält den Auftrag. Die Regelung soll auch verhindern, dass gewisse Firmen unrechtmässig bevorzugt werden.

Der Bund ist angeblich abhängig von Microsoft-Produkten

Trotzdem erhält Microsoft immer wieder Steuermillionen ohne Ausschreibung der Aufträge. Die Bundesverwaltung muss laut eigenen Aussagen den US-Konzern berücksichtigen, weil ihre Software vom Server-Betriebssystem bis zum Büroprogramm eng mit Microsoft-Produkten verknüpft ist. Ein Umstieg auf andere Programme wäre mit hohen Kosten verbunden.

Die Bundesverwaltung vergab gemäss Zahlen der Beschaffungskonferenz des Bundes allein im Jahr 2023 rund 990 Millionen Franken ohne Ausschreibung. Davon flossen rund

340 Millionen, also über ein Drittel, in den Kauf von Hardware, Software und Informatikdienstleistungen.

Neben Microsoft profitieren weitere IT-Konzerne, vor allem SAP, IBM und Oracle. Eine *saldo*-Analyse von Daten der Beschaffungsplattform des Bundes Simap zeigt: Die vier Konzerne erhielten seit 2014 vom Bund und von öffentlich-rechtlichen Betrieben Aufträge über 3,7 Milliarden Franken. Davon flossen 1,5 Milliarden ohne Konkurrenzofferten.

Überrissene Preiserhöhungen für Lizenzen

Die Technologiekonzerne setzen immer wieder überrissene Preiserhöhungen durch. Microsoft zum Beispiel kündigte im November 2024 Preiserhöhungen von bis zu 40 Prozent auf einige Microsoft-365-Produkte an. Zudem drängt der Konzern Kunden neue, selbstlernende Computerprogramme auf. SAP erhöhte im Sommer 2024 die Preise um bis zu 5 Prozent. Und auch Oracle erhöhte die Preise für seine Lizenzen immer wieder.

Der Bund verfügt eigentlich über ein Mittel gegen überhöhte Preise: In der Verordnung zum Beschaffungsgesetz ist ein «Preisprüfungsrecht» vorgesehen. Dieses muss aber mit den Unternehmen in den Verträgen abgemacht werden.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle dürfte dann bei Verträgen über 1 Million Franken, die ohne Konkurrenzofferten vergeben wurden, nachträglich prüfen, ob die Preise angemessen sind. Ist die Gewinnmarge zu hoch, kann der Bund Geld zurückfordern.

2021 veröffentlichte die Finanzkontrolle einen Prüfbericht zu 30 Verträ-



Bundesverwaltung: Technologisch im Griff von internationalen Gr

Der Bund vergab 2023 IT-Aufträge in der Höhe von 340 Millionen Franken ohne Ausschreibung.

gen. Bei 17 davon war der Preis zu hoch. Der Bund bekam rund 10 Millionen Franken zurück.

Oracle setzt sich über die Vorschriften des Bundes hinweg

Die Finanzkontrolle sagt dazu, wichtig sei vor allem die präventive Wirkung. Das heisst: Firmen kalkulieren die Preise vorsichtiger, wenn sie eine Kontrolle befürchten müssen. Bloss: Oracle etwa weigerte sich in den letzten Jahren, solche Klauseln zu akzeptieren - und kann sich gegen den Bund durchsetzen.

«Die IT-Hersteller wollen die Abhängigkeiten aufrechterhalten», sagt Matthias Stürmer, Professor an der Berner Fachhochschule. Aus seiner Sicht gäbe es «griffigere Mittel»: Der Bund müsse langfristig auf Open-



osskonzernen

Source-Software setzen. Solche Computersysteme können von verschiedenen Anbietern betreut werden. Das führe zu mehr Wettbewerb und weniger Abhängigkeit, und man spare Steuergeld. *Thomas Schwendener*

Millionenaufträge freihändig vergeben

Das waren die grössten IT-Aufträge der letzten vier Jahre, welche die Bundesverwaltung vergab – ohne Gegenofferten einzuholen:

■ **Microsoft:** 140 Millionen Franken, Dezember 2024

■ **Oracle:** 84 Millionen Franken, Oktober 2024

■ **Adnovum:** 110 Millionen Franken, März 2024

■ **Red Hat:** 107 Millionen Franken, Februar 2023

■ **SAP:** 105 Millionen Franken, Februar 2023

■ **IBM:** 102 Millionen Franken, Oktober 2021



Zitate gegen Bezahlung

René Schuhmacher



Die Uni Zürich kam kürzlich in einer Studie zum Ergebnis, dass sich inzwischen 46 Prozent der Bevölkerung um Nachrichten foutieren. Trotzdem stellt die Uni den Redaktionen ein gutes Zeugnis aus. Mit anderen Worten: Jeder Zweite interessiert sich nicht mehr für News – aber die Medien sind nicht schuld daran.

Es wäre interessant, mehr über die Ursachen des wachsenden Desinteresses zu erfahren. Anhaltspunkte gäbe es genug: Zeitungen werden dünner, Inhalte einheitlicher und, wie etwa bei Tamedia («Tages-Anzeiger»), teilweise in Deutschland eingekauft. Auch werden Inserate und Artikel optisch nicht mehr sauber getrennt.

Eine neue Idee zur Untergrabung des Leser vertrauens entwickelte die SDA, die letzte verbliebene Nachrichtenagentur der Schweiz. Fast alle Zeitungen des Landes drucken ihre Texte. Die SDA-Artikel zeichnen sich dadurch aus, dass sie selten auf Recherchen basieren, sondern auf Verlautbarungen von Politikern, Behörden und Firmen – teils «angereichert» mit Zitaten von vermeintlichen Experten.

Das soll nun zum Geschäftsmodell werden: Letzte Woche legte die Agentur dar, dass sie künftig von CEOs, Politikern und anderen Prominenten Geld dafür verlangt, dass sie deren Zitate in eine Datenbank stellt. Daraus können sich die Redaktionen bedienen. SDA-Chef Hanspeter Kellermüller erklärte dem Medienportal «Persönlich»: Die SDA biete den Firmen «Coaching und Support» und helfe ihnen, «ihre Zitate auszuwählen». So könnten sie ihre «Reputation stärken». Leser müssen also künftig damit rechnen, dass die Zitate, die sie in Artikeln der Zeitungen finden, geschönt worden sind – ein weiterer Schritt zur Beschädigung der Glaubwürdigkeit der Medien.